

5. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

14. Mai 1952

475/J

A n f r a g e

der Abg. M a c h u n z e, Dr. T o n č i ć, P r i n k e und Genossen
an die Bundesregierung,
betreffend die parlamentarische Behandlung der Internationalen Flücht-
lingskonvention.

-.-.-

Am 28. Juli 1951 wurde nach mehrwöchigen Beratungen in Genf die
Internationale Flüchtlingskonvention angenommen. Der Vertreter Österreichs
unterzeichnete diese Konvention, machte jedoch zu verschiedenen Punkten
auftragsgemäss bestimmte Vorbehalte. Die Flüchtlingskonvention kann je-
doch erst dann wirksam werden, wenn sie die zuständigen Parlamente
behandelt haben und die Ratifikationsurkunden hinterlegt wurden.

Durch die Entsendung eines bevollmächtigten Vertreters nach Genf
hat die Bundesregierung ihren Willen bekundet, der Konvention beizu-
treten.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesregierung
die

A n f r a g e,

ob sie bereit ist, dem Nationalrat die in Genf vereinbarte Konvention
so zeitgerecht zur Behandlung zuzuleiten, dass sie noch in der Früh-
jahrssession verabschiedet werden kann.

-.-.-.-.-